Nummer 302

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 1000 Mk. 69. Jahrgang Dienstag, 3. Juli 1923

ERICH MEYERFELD BERLIN BEHRENSTR. GRUNDSTÜCKE

Als Beilagen erscheinen: Der tägliche vollständige Kurszettel der Berliner Börse, Zinsschein-Kalender, Ziehungslisten der Preußisch-Süddeutschen Klassenlotterie, die Steuerpraxis, Praxis des Arbeitsrechts, Schiffahrt u. Schiffbau, der Handel mit dem Osten und viele andere tabellarische Übersichten

Telegr.-Adr.: „Börsenkrone" | Für Manuskr. übern. der Verlag keine Verantwortung | Unverl. eingel. Manuskr. ist Rückporto beizufügen | Postscheck-Konto: Berlin 26412

Verantwortl. Leiter: Handelsteil: W. Lynk, Berlin; Polit. Teil: Inneres P. Steinborn, Schöneberg; Feuilleton Dr. R. Jäger, Berlin; Kunst Wissenschaft u. Lokales: S. Köppen, Bln.-Friedenau; Inseratenteil: F. Rongkowski, Bln.-Charlottenburg. Verlag u. Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei u. Verlag, Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37

Fernsprecher: für den Handel Zentrum 8669; für Politik, Kunst u. Lokales Zentrum 243, für die Expedition Zentrum 12352 und für die Druckerei Zentrum 2458

Anzeigen-Preis: Die 12 gespalt. Zeile 6000 Mk., Reklamezeile 25000 Mk., Stellungsuchende 2500 Mk. Bezugs-Preis freibl.: für Monat Juli 36000 Mk. Die Zeitung erscheint in der Woche zweimal, Bestellungen werden bei sämtlichen Zeitungsspeditoren, unserer Geschäftsstelle und bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches angenommen. Auslands-Bezug nur unter Streifband zulässig; Bestellungen sind direkt an unsere Geschäftsstelle zu richten. Der Bezugspreis beträgt im Mk. Quartal 1923 für Amerika 4 Dollar, Frankreich 45 frans. Francs, Belgien 45 belg. Francs, Schweiz 20 schweiz. Francs, Holland 10 holl. Gulden, Dänemark 20 dän. Kronen, Schweden 15 schwed. Kronen, Norwegen 20 norw. Kronen, England 20 Schilling, Italien 90 Lire, Rumänien 500 rum. Lei, Spanien 25 span. Pesetas, Finnland 150 finn. Mark, Tschechoslowakei 125 tschech. Kronen, Brasilien 40 Milreis, Argentinien 12 Pesos, Serbien 300 Dinar, Oesterreich 160000 Mark, Ungarn und Polen 240000 Mark.

Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

Leichtfertig und verleumderisch.

Die Duisburger Eisenbahnkatastrophe.

Rb Mainz, 2. Juli.

Das amtliche Organ der Interalliierten Rheinlandkommission, das „Echo du Rhin", leitet seine Meldungen über den Unglücksfall bei Hochfeld mit Sätzen ein, die eine unerhörte Beschimpfung des Reichskanzlers Dr. Cuno und des Reichspräsidenten Ebert bedeuten. Das Blatt behauptet, daß dieses schreckliche Attentat, dem zehn belgische Soldaten zum Opfer gefallen seien, von deutschen Verbrechern verübt worden sei, die dafür von Dr. Cuno bezahlt und Herrn Ebert belobigt worden seien. An anderer Stelle muß das Blatt jedoch feststellen, daß die Untersuchung bisher ein abschließendes Ergebnis nicht gezeitigt habe. Gleichzeitig teilt es aber mit, daß eine mit der Untersuchung betraute Kommission festgestellt habe, daß das Attentat mittels einer Bombe mit Zeitzünder verübt worden wäre. Aus anderen französischen und belgischen Meldungen geht jedoch hervor, daß das Unglück auf die Explosion eines Gasbehälters eines Wagens des betreffenden Zuges zurückzuführen ist. Aus dieser Zusammenstellung von Nachrichten des „Echo du Rhin" über das Unglück von Duisburg ergibt sich am schlagendsten, daß die Ursache des Unglücks bis zur Stunde abschließend noch nicht festgestellt werden konnte, daß aber die Wahrscheinlichkeit vorhanden ist, daß das Unglück durch falsche Behandlung des Gasbehälters für die Beleuchtung des Eisenbahnzuges herbeigeführt wurde.

Wenn französischerseits alles versucht wird, um dieses Unglück als ein „verbrecherisches Attentat, das von der deutschen Regierung veranlaßt und bezahlt wurde", hinzustellen, wenn man ferner die Maßnahmen berücksichtigt, die ohne Prüfung des Tatbestandes nicht nur gegen die Stadt Duisburg, sondern gegen die Bevölkerung des ganzen besetzten Gebietes verhängt wurde, so kann man unschwer daraus erkennen, daß den Franzosen dieser Unglücksfall gerade gut genug ist, um ihn in geradezu verbrecherischer Weise propagandistisch gegen Deutschland auszunützen. Wie systematisch die Franzosen in dieser Beziehung vorgehen, beweist der Unfall des saarländischen Arbeiterzuges, der von saarländischen Eisenbahnern täglich vom Saargebiet nach Lendsfuhl und Kaiserslautern gefahren wird, um die auf den Saargruben beschäftigten Saararbeiter zu befördern. Obwohl die Untersuchung ergeben hat, daß der Unfall, der, nebenher bemerkt, vollkommen harmlos verlief, darauf zurückzuführen ist, daß sich der Unterbau der Strecke gelockert hatte, benutzt die französische Besatzungsbehörde diesen Betriebsunfall dazu, um eine ganze Reihe mißliebiger Einwohner von Landstuhl und Kaiserslautern auszuweisen.

Aus diesen und manchen anderen Tatsachen ist festzustellen, daß zahlreiche Unglücksfälle der Reisezüge auf die fast vollständige Zerrüttung der Eisenbahnstrecken zurückzuführen sind. Inwieweit das auch für den Duisburger Fall zutrifft, ist noch nicht geklärt. Es scheint aber, daß hier zum mindesten entweder Leichtsinn oder Unvorsichtigkeit vorliegt. Keinesfalls haben sich jedoch Unterlagen ergeben, die auf einen deutschen Anschlag schließen ließen.

Die wahren Urheber der Attentate.

Mtb Frankfurt, 2. Juli.

Von gut unterrichteter Seite wird folgendes mitgeteilt:

Ein im Polizeigewahrsam deutscher Behörden befindlicher Duisburger Arbeiter namens Endemann, hat eingestanden, und zwar unter genauer Angabe von Ort und Zeit, daß er mit belgischen Geheimpolizisten zusammengekommen sei, die ihn und einige andere Einwohner Duisburgs bauten wollten, um gegen das Duisburger Rathaus und Theater Bombenattentate zu unternehmen.

Dieser Fall bestätigt aufs neue, daß die Franzosen und Belgier durch Hervorrufen von Attentaten sich Anlaß zu scharfen Maßnahmen gegen die Bevölkerung des besetzten Gebietes zu verschaffen versuchen. Es ergibt sich daraus für alle deutschen Kreise die Notwendigkeit, gerade in diesem Augenblick trotz aller schweren Bedrängnis Ruhe und Besonnenheit zu wahren, und sich nicht durch die Tätigkeit von Agenten und Lockspitzeln zu unüberlegten Handlungen verleiten zu lassen.

Der Ausweisungsterror.

Mtb Köln, 2. Juli.

In Köln kam ein großer Transport von 330 ausgewiesenen Eisenbahnern am Abend an, die bereits vor 5 Wochen aus ihren Dienstwohnungen vertrieben und in der Zwischenzeit in Schulen und Privatwohnungen untergebracht waren. Unter den Ausgewiesenen befinden sich 110 Kinder unter 4 Jahren und zahlreiche Säuglinge.

Lenkt Poincaré ein?

Schriftliche Antwort erwogen.

eca Paris, 2. Juli.

Das Pariser Kabinett hat vorläufig, wie die Abendpresse mitteilt, noch keine offizielle Nachricht aus London erhalten, daß die englische Regierung eine mündliche Antwort auf ihren Fragebogen als ungenügend ansehen würde. Ein Teil der Abendzeitungen glaubt, daß, wenn Lord Curzon sich mit einer mündlichen französischen Erklärung nicht zufrieden geben würde, und eine schriftliche Antwort auf den Fragebogen verlangen würde, Poincaré sich wahrscheinlich nicht weigern würde, ihm zu willfahren, obwohl er zweifellos die mündlichen Verhandlungen vorziehe. Aber es würde wenig klug sein, sich über einen derartigen Gegenstand zu streiten. Infolgedessen seien auch alle die ungehaltenen Artikel in der Presse der letzten Tage vollkommen unangebracht. Ein Mißverständnis werde übrigens durch den Fragebogen selbst hervorgerufen, denn nach den Ausführungen der englischen Presse scheine es nicht, daß England eine Antwort über die Gesamtheit der Reparationsfragen verlangt.

eca Paris, 2. Juli.

Die verschiedenen Artikel der englischen Presse über die Absicht der englischen Regierung für den Fall, daß eine Einigung mit Frankreich nicht zustandekommt, haben in hiesigen maßgebenden Kreisen ziemliche Überraschung ausgelöst. Am Quai d'Orsay bezeichnet man es dem Korrespondenten der „Express-Correspondenz" gegenüber als erstaunlich, daß eine so große Anzahl englischer Blätter, die sonst verschiedenen politischen Lagern angehören, eine derartig gemeinsame Tendenz verfolgen. Aber man glaubt, sich nicht darüber äußern zu können, ob diese Tendenz tatsächlich den Absichten der englischen Regierung entspreche. Jedenfalls ist man sich darüber klar, daß bis zum Augenblick kein Dementi der englischen Regierung am Quai d'Orsay eingetroffen ist.

Ueber den heutigen Besuch des Grafen St. Aulaire bei Lord Curzon lagen am Abend am Quai d'Orsay noch keine Nachrichten vor, so daß man also nicht weiß, ob bei dieser Gelegenheit die Artikel der englischen Presse zur Sprache gebracht worden sind.

Offizielle englische Beschwichtigung?

London, 2. Juli.

Reutermeldung.

In offiziellen Kreisen Londons ist man überrascht über die Andeutung, die kritische Regierung sei entschlossen, eine sofortige Regelung mit Frankreich zu erzwingen. Von ermächtigter Seite wird festgestellt, daß es durchaus verzeitig wäre, von einem gesonderten Vorgehen Englands Deutschland gegenüber zu sprechen.

Es ist vorläufig noch nicht ganz zu erkennen, welche Bedeutung dieser offensichtlich halbamtlichen englischen Mitteilung beizumessen ist. Man könnte vielleicht annehmen, daß der französischen Erbitterung, die aus dem Observer-Artikel das Bevorstehen der englischen Sonderaktion las, der Gegenstand genommen werden soll. Man kann sich aber auch der Vermutung schwer verschließen, daß die unverhüllten Drohungen der französischen Presse, die die Antwort auf den Observer-Artikel waren, auch diesmal eine gewisse Wirkung, die eben in der obigen Reudermeldung zum Ausdruck kommt, nicht verfehlt haben. Eine rein politische Erklärung ließe sich endlich finden, wenn man erwägt, daß die englische Regierung die — vielleicht gestern gewachsenen — Möglichkeiten einer Annäherung auf dem Wege der Aussprache über den englischen Fragebogen nicht verschüttet sehen will und deshalb den Sturm beschwichtigt, den der gewiß nicht ohne Wissen der Downingstreet entsandene Observer-Artikel hervorgerufen hat. Das Wichtigste ist die Tatsache, daß die gesamte Londoner Presse in dem scharfen Ton gegen Frankreich mit dem Observer solidarisch ist. Auch ist es sehr bezeichnend, daß der Pariser „Intransigeant", der sich auf der Pariser englischen Botschaft nach der Bedeutung der gestrigen Ausführungen der „Daily Mail" (dem Sinne nach ähnlich wie der „Observer") erkundigte, dort den Bescheid erhalten hat, daß man die Richtigkeit der Mitteilungen nicht in Abrede stellen kann, „ohne damit eine amtliche politische Erklärung abgeben zu wollen oder zu können".

Der „Temps" über ein deutsch-englisches Sonderabkommen.

eca Paris, 2. Juli.

Der „Temps" beschäftigt sich in seinem heutigen Leitartikel erneut mit den Ausführungen des „Observer" sowie mit den übrigen Veröffentlichungen der heutigen englischen Presse über diesen Gegenstand. Es sei auffallend, daß z. B. die „Daily Mail" und der „Daily Telegraph" sich in ähnlichem Sinne, wie der „Observer" äußern. Der „Observer", so schreibt der „Temps", sei nicht dementiert worden, im Gegenteil die Nachrichten, die er gestern mitteilte, würden bestätigt. Ferner weist der „Temps" auf eine Anzahl ins einzelne gehender Informationen der „Daily Mail" hin, die im allgemeinen sich immer freundschaftlich Frankreich gegenüber gezeigt habe. Diese Informationen scheinen anscheinend aus offizieller Quelle zu stammen. Der „Temps" meint weiter, das französische Publikum müsse bereits jetzt darauf hingewiesen werden, daß die englischen Blätter, die sonst in ihren Meinungen so verschieden sind, nicht nur zufällig so gleichartige Meinungen in gegenseitiger Uebereinstimmung veröffentlichen können. Die „Daily Mail" behauptete, daß Baldwin, wenn er nicht gemeinsam mit der französischen Regierung vorgehen könne, Maßnahmen ergreifen würde, um zu einem Sonderabkommen mit Deutschland zu gelangen, um England die jährliche Zahlung einer Summe zu sichern, welche die englische Schuld an die Vereinigten Staaten decken könne. In den Kreisen, in denen man eine derartige Drohung aussprache, so schreibe die „Daily Mail", glaube man, daß Deutschland gern zu einer derartigen Abmachung bereit sei, und daß man aller Wahrscheinlichkeit nach, wenn die deutsche Industrie das Geld hierzu nicht geben würde, dieses durch den Verkauf von deutschen Werten im Ausland erhalten könne. Dieses Mittel, so schreibt der „Temps" ist tatsächlich keine Illusion. Seitdem England bekanntgegeben habe, daß es nicht beabsichtigt, die deutschen Güter zu beschlagnahmen, hätten die Deutschen in London bedeutende Depots angesammelt und große Geldanlagen vorgenommen. Wenn Deutschland nicht der englischen Regierung die jährlichen Zahlungen zusagen würde, die sie verlangt, dann würden die deutschen Kapitalisten, die ihre Kapitalien ins Ausland gebracht haben, sich vielleicht besinnen. Sie würden auf den Gedanken kommen, daß England schon manchmal seine Ansichten gewechselt habe und sie würden sich fragen, ob die Immunität, die ihr Geld augenblicklich in England genießt, nicht abgeändert werden könnte. Das würde sie natürlich dazu bestimmen, einen Teil ihrer Ersparnisse der Reichsregierung zur Verfügung zu stellen, um England zu bezahlen. Sie würden außerdem darauf rechnen können, sich an dem Kredit zu erholen, den ihnen eine so enge Verbindung mit England schaffen würde, sowie mit der günstigen Entwicklung, die die deutschen Unternehmungen in der ganzen Welt unter der Führung der Engländer nehmen müßten. Aber so vorteilhaft die Sache vielleicht für gewisse Privatinteressen auch scheine, so würde sie für die Gesamtheit Europas doch kaum ernstliche Folgen haben. Deutschland müsse trotz seiner Zahlungen an England doch außerdem diejenigen Summen zahlen, die Frankreich und Belgien von ihm verlangen, denn Frankreich könne um so weniger auf einen Teil seiner Forderungen verzichten, als auch England und die Vereinigten Staaten die Zahlung seiner eigenen Schulden von ihm verlangen würden. Auch Italien würde sich zu einem solchen Schritt nicht verstehen können, da die Lage, in der sich dann insbesondere Frankreich und Deutschland befinden würden, ihm seine Bewegungsfreiheit nehmen würde, insbesondere hinsichtlich seiner Versorgung mit Rohstoffen.

Bombenfunde am Mainzer Tunnel.

Paris, 2. Juli.

Havas meldet aus Koblenz, am Eingang zum Mainzer Tunnel seien 2 Bomben mit Zeitzünder vorgefunden worden. Von diesen sei eine explodiert, ohne daß ein nennenswerter Schaden entstand, die andere sei von einem Artillerieoffizier unschädlich gemacht worden. Die üblichen Sanktionen gegen Mainzer Beamte seien veranlaßt worden.

Herrn Seydas Enttäuschungen.

Dieser Tage hat das rumänische Königspaar in Polen geweilt und ist in Warschau mit allem nur denkbaren höfisch-antikrisischen Prunk gefeiert worden. Es scheint aber, als ob man sich in Polen nutzlos in Unkosten gestürzt hat; denn es kann heute wohl als sicher gelten, daß dieser Besuch nicht, wie man vielfach vorausgesagt hatte, etwa als Vorspiel für den Beitritt Polens zur Kleinen Entente angesehen werden kann. Die polnische Telegraphenagentur verbreitete zwar als Ergebnis dieses Besuches: „Der politische und rumänische Außenminister besprachen die allgemeine Situation in Europa und ebenso alle beide Staaten besonders interessierenden Spezialfragen, wobei sie in allen wichtigen Punkten Uebereinstimmung konstatieren konnten," aber der rumänische Außenminister Duca äußerte sich Journalisten gegenüber in einem Sinne, der nicht gerade annehmen läßt, daß „alle Spezialfragen" besprochen worden sind. Herr Duca erklärte nämlich, daß er über Polens Annäherung an die kleine Entente nichts sagen könne, da er über diese Frage mit dem polnischen Außenminister überhaupt nicht konferiert habe. Trifft das zu, so wäre die wichtigste Frage nicht berührt worden, denn Herr Seyda selbst hat ja in seiner Programmrede über die polnische Außenpolitik gar keinen Zweifel daran gelassen, wie viel ihm an einem Anschluß Polens an die kleine Entente liegt, oder vielleicht richtiger gesagt, auf französisches Gebiet gelegen sein muß, denn Frankreichs Ziel ist ja die Errichtung eines lückenlosen Walls längs der ostdeutschen Grenze, eine Politik, der sich das Rechtskabinett Witos mit seinem Außenminister Seyda gern und willig einordnet, sieht es doch, wie hier schon unlängst bewiesen wurde, im Gegensatz zu der Präsidentschen Richtung den Erfolgen Polens nicht mehr in Rußland, sondern in Deutschland.

Aber ach, in diesem Sommer des allgemeinen Mißvergnügens reisen auch die polnisch-französischen Blütenträume nicht recht heran. Sei es nun, daß Herrn Duca die Umstellung der polnischen Politik wenig zusagte, da ihm naturgemäß vor allem an der Aufrechterhaltung des gegen Rußland gerichteten Militärbündnisses mit Polen gelegen sein muß, sei es auch, daß Rumänien vielleicht überhaupt nicht sehr viel an der Erweiterung der kleinen Entente gelegen sein mag, mit der es ja selbst, wie die Anerkennung der neuen bulgarischen Regierung, die erfolgte ohne einen Beschluß der Kleinen Entente abzuwarten, und mancherlei andere Vorgänge beweisen, in loserer Verbindung steht, kurzum Herr Seyda hat eine böse Enttäuschung erlebt und er muß vorerst seine Sehnsucht nach der Kleinen Entente weiter im Busen bewahren. Die Aussichten für eine Erweiterung dieser Entente, die mit der großen Entente die Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Verbandes gemeinsam hat, durch eine Aufnahme Polens sind nicht eben günstig. Gerade zu dem Besuch des rumänischen Königspaars in Warschau kam aus Prag ein Artikel, der die schärfste Absage der Tschechoslowakei bedeutet. Hatte Herr Seyda in seiner Programmrede erklärt, eine Entente mit der Tschechoslowakei sei bedingt durch die voraussehende Erledigung gewisser Streitfragen, namentlich durch die Sicherung der nationalen Rechte der polnischen Minderheiten in der Tschechoslowakei und durch die endgültige Entscheidung der Teschener Grenzfrage, so sieht Herr Benesch durch sein Organ „Cesske Slowo" und — doppelt hält besser — auch noch durch die offiziöse „Prager Presse" antworten, die Prager Regierung habe es satt, sich bereits mit polnischen unberechtigten Ansprüchen zu befassen und sie empfehle Polen, zunächst bei sich in nationaler und politischer Hinsicht Ordnung zu schaffen! Das ist mehr deutlich als liebevoll, zumal es nicht nur bei der Ablehnung der „unmaßenden Einmischung in die innenpolitischen Verhältnisse eines anderen Staates" blieb. Herr Benesch berührte auch eine sehr empfindliche Stelle Polens, indem er auf Ostgalizien hinwies. Man erinnert sich, daß die ostgalizische Frage vertraglich nicht gelöst ist. In keinem der sogenannten Friedensverträge ist das Land Polen zu-

Schlußkurs der Mark in New-York

0,0005 %.

Hiesige Parität

180000.

TRABANT

Schützt Eure Türen mit Trabant!

Patent-Sicherheitsschloß und Vertikalverriegelung.

— Zu haben in allen einschlägigen Geschäften. —

Wo nicht erhältlich, weist Verkaufsstellen nach: (13696-97)2

„Holzmetall" Vertriebs- und Exportgesellschaft für Holz- und Metallwaren m. b. H.

Berlin NW. 7, Mittelstr. 24. Zentrum 10839 u. 11586.

D. R. P. D. R. G. M.

Vertikalverriegelung

Oben Unten